

Prof. Dr. Kurt Pätzold, Berlin, hielt den folgenden Vortrag auf der gleichnamigen Veranstaltung der MASCH (Marxistische Abendschule. Forum für Politik und Kultur, e. V.) am 20. Januar 2011 in der Villa Ichon am Goetheplatz in Bremen

Prof. Dr. Kurt Pätzold

Totalitarismus

Wissenschaftlicher Begriff – publizistisches Schlagwort – politischer

Knüppel

Vortrag in der MASCH (Marxistische Abendschule. Forum für Politik und Kultur, e. V.)
Bremen am 20. Januar 2011, Villa Ichon

„Die Sprache ist eine Waffe, haltet sie scharf.“ Die Aussage und das an sie geschlossene Gebot stammen von Kurt Tucholsky. Der Satz findet sich auf der Metalltafel an jenem Haus in Berlin-Friedenau, in dem Tucholsky Anfang der zwanziger Jahre wohnte. Die Mahnung wird auch anderswo zitiert. So im Titel einer Sammlung von Sprachglossen aus der Feder des Publizisten, die der Rowohlt Verlag vertreibt und die inzwischen die 10. Auflage erlebt hat. Eine für die Herstellung von Wandtapeten zuständige Firma bietet den Text im Internet auch als Wandtattoo in verschiedenen Schriftgrößen an. Vorstellbar wäre, dass sich Schulen des Landes von diesem Angebot bedienen und im Unterricht in der deutschen wie in Fremdsprachen darauf Bezug genommen wird. Denn: Wer von den Millionen, die sich Abend für Abend vor das Fernsehgerät setzen und Nachrichtensendungen verfolgen, tut das im Bewusstsein, dass da auch mit einer Waffe hantiert wird, die obendrein gegen ihn, den Zuschauer, gerichtet sein könnte. Dass dieses Instrument der Massenbeeinflussung mit Hervorhebungen und Betonungen ebenso arbeitet wie mit

Auslassungen und Unterschlagungen, hat sich herumgesprochen. Ungleich subtiler aber sind Wirkungen, die über den Gebrauch oder auch den Nichtgebrauch von Begriffen erzielt werden und durch die fortgesetzt angewendete Methode der Falschetikettierungen, die, passieren sie im Handel beispielsweise mit Lebensmitteln oder Pharmaka, als Betrug geahndet werden, nicht aber beim Handel mit Nachrichten.

Nun wird dem Bürger aber über ebendiese Medien zugleich der Eindruck erweckt, es gäbe hierzulande Instanzen, die über den Missbrauch der Sprache wachen und ihn aufdecken. Das macht u. a. das Kürten von Wörtern und Unwörtern des Jahres. Eben ist eine solche Wahl für 2010 wieder erfolgt. Und schon beim zweiten Hinsehen zeigt sich, dass das keine Unternehmen gegen den politischen Betrug sind, auch wenn sie zwei Wörter aus dem politischen Geschehen ausgewählt haben. Die Gesellschaft für deutsche Sprache mit Sitz in Wiesbaden weist vorbeugend schon jeden Verdacht von sich, dass sie der Täuschung mit dem Mittel der Sprache entgegenwirken wolle. Sie gibt bekannt: „Ausgewählt werden Wörter und Ausdrücke, die die öffentliche Diskussion des betreffenden Jahres besonders bestimmt haben, die für wichtige Themen stehen oder sonst als charakteristisch erscheinen (»verbale Leitfossilien« eines Jahres). Es geht nicht um Worthäufigkeiten. Auch ist mit der Auswahl keine Wertung bzw. Empfehlung verbunden.“ Da fällt einem ein Mann ein, der zur Entwicklung der deutschen Sprache herausragend beigetragen hat und das mit seinem Wort „Wem es um die Sache zu tun ist, der muss Partei zu nehmen wissen, sonst verdient er nirgends zu wirken.“ Das ist aus der Einleitung Propyläen und geschrieben 1798 von Johann Wolfgang von Goethe und könnte folglich unter Germanisten und anderen Sprachforschern bekannt sein. Gleiches gilt für den Entstehungszusammenhang des als Neuheit herausgestellten Wortes des Jahres 2010 „Wutbürger“, Das war der begriffliche Versuch, die Protestierenden von Stuttgart als emotions- vulgo: bauchgeladene Leute den verstandesgeladenen Politikern und Fachleuten gegenüberzustellen. Wutbürger war eine Vokabel der Verfälschung und der Herabsetzung.

Die gleiche Gesellschaft nun hat in einer weiteren Expertenrunde auch das „Unwort“ ausgewählt. Es heißt 2010 „alternativlos“. Zur Begründung wurde gesagt: „Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe.“ Sachlich unangemessen, nicht etwa mit der Absicht der Täuschung oder des Betrugs. Das ist die Sprache, bei der einem ein etwas älteres Wort einfällt: „Ich weiß deine Werke, dass du weder kalt noch warm bist. Ach, dass du kalt oder warm wärest! Weil du aber lau bist und weder kalt noch warm, werde ich dich ausspeien aus meinem Munde.“ (Offenbarung 3, 15-16) Alternativlos aber ist eine Vokabel, die in das seit Jahren betriebene Palaver von den Sachzwängen gehört, die keine Wahl zulassen außer eben der einen getroffenen. Entscheidend aber ist, dass mit diesem Verfahren der Auswahl eines „Unwortes“ pro Jahr vorgetäuscht wird, es wären einzelne versehentliche oder auch absichtsvolle sprachliche Missgriffe von Personen anzuprangern, während es sich doch – im Bilde zu sprechen – jeweils nur die Spitzen von Eisbergen handelt. „Wenen Sprachkritik“, schrieb Wiglaf Droste zu den Äußerungen dieser Juroren, „nicht auch Kritik der Verhältnisse ist, sondern sich mit einer rein kosmetischen Funktion begnügt, bedarf man ihrer nicht.“¹ Der Einsatz der Waffe Sprache durch die Minderheit Herrschenden geschieht Tag für Tag und was die Mehrheit der Beherrschten angeht, so hat sie schon die Schule nicht auf diese geistigen lebenslangen Kämpfe vorbereitet, zu welchen – obendrein – sich die einen ausgeruht in ihren Redaktionen begeben, während sie selbst sich hingegen abgekämpft nach getaner Arbeit in sie verwickeln lassen oder sich ihnen einfach aussetzen.

In diesem Waffenarsenal gibt es eine Reihe von Waffentypen. Die einen dienen der Glorifizierung, andere der Herabsetzung von Ereignissen und Personen, diese der Beschönigung, jene der Einnebelung. Reichlich ist auch der Wortvorrat, mit denen Deutschen Schreckbilder erzeugt werden sollen. Eine solche „Wortfamilie“ wird derzeit gebildet durch Kommunismus – Stalinismus – Gulag – Pol Pot – Nordkorea, eine andere, ihr verwandte, ist um die Zentralbegriffe DDR und Stasi angesiedelt. Hier geht es nicht darum, dass auf diese Begriffe verzichtet werden könnte oder sollte,

¹ JW, 19. Januar 2011, S. 5.

sondern um die realen und die erdichteten Inhalte, um ihre Interpretation und Verwendung. Darum geht es auch im Falle jener Begriffsfamilie, die aus Wörtern wie total, totalitär, totalitaristisch, Totalitarismus gebildet wird. Jeder kennt sie und mindestens einen hat jeder auch benutzt: das Wort total, das aus dem Französischen zu uns gewandert ist, aber als Immigrant gar nicht mehr angesehen wird und das der Duden in gänzlich, vollständig, vollkommen übersetzt. Dabei sind die beiden Wörter total und ganz im Sprachklang nicht gleichwertig. Umgangssprachlich sagen wir: ganz schön, ganz sicher, ganz ansehnlich usw. (Die jüngere Generation benutzt inzwischen auch schon total schön.) Total hingegen steht jedenfalls bisher eher in Verbindung mit negativen Eindrücken und Vorkommnissen, am geläufigsten gebraucht in Totalschaden sei es aufgrund von Autounfällen, Brandschäden oder Hochwasser. Und ähnlich oder gleich auch in Verwendung wie total verlaust, total verwandt oder total besoffen. Kurzum: total wird auch außerhalb jedes politischen Bezugs häufig pejorativ gebraucht. Das ergibt so etwas wie eine Vorprägung von Gedanken und Empfindungen. Das Sprachsignal zeigt gleichsam auf „rot“. Welche Erklärungen werden zur inhaltlichen Bestimmung der Wörter dieser Begriffsfamilie angeboten? Als sinn- und sachverwandte Wörter zu totalitär erwähnt der Duden autoritär, obrigkeitlich, absolutistisch, unumschränkt, repressiv, patriarchalisch, selbstherrlich, willkürlich. An anderer Stelle lautet die Erklärung: alles beherrschend, alles beherrschen wollend. In dem 1996 in Chur in der Schweiz herausgegeben Deutschen Wörterbuch (Karl-Dietrich Bunting) wird Totalitarismus erklärt als „Beherrschung des Menschen durch ein bürokratisch dachorganisiertes diktatorisches Staatssystem“. Der Brockhaus in einem Band (Leipzig 1994) erklärt Totalitarismus als ein Herrschaftsprinzip, das einen uneingeschränkten Verfügungsanspruch über die Beherrschten erhebt und gibt als seine Kennzeichen die herrschende Partei oder den herrschenden Machtinhaber, die geistige Manipulation der Bevölkerung durch Propaganda und den Terror an. Im Wahrig Fremdwörterlexikon (München 1999) wird zu totalitär „sich alles unterwerfend“ und zu Totalitarismus „Streben nach totalitärer Regierung“ vermerkt. Im „Duden. Deutsches Universal-Wörterbuch A-Z“ (Mannheim 1989) schließlich wird Totalitarismus als eine Herrschaft entschlüsselt, die „mit diktatorischen Methoden

jede Demokratie“ unterdrückt und sich „das gesamte Leben“ unterwirft und das mit den Mitteln der Gewalt. Anspruchsvoller die Erklärung in dem Nachschlagewerk „Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik“ (München 1992). Hier wird vermerkt, dass die Totalitarismus-Theorien nicht die Gesellschaft als Ganze, sondern die Struktur und Technik der Herrschaft beschreiben. Damit ist etwas über die begrenzte Reichweite dieser Theorie und etwas gegen den Anspruch gesagt, damit den Faschismus oder die sozialistischen Staaten vollständig zu charakterisieren.

Auf die geschichtliche Spur des Begriffs Totalitarismus gelangen wir über eine nicht so lange Vorgeschichte. Sie spielt in Italien und beginnt mit der Propaganda der italienischen Faschisten. Die nannten den Staat, den sie errichten würden, im Unterschied und Gegensatz zu einem liberalen oder demokratischen und zur Unterscheidung von einem autokratischen den *totalen* Staat. Seine Kennzeichen wurden die Abschaffung aller demokratischen Rechte und Freiheiten, also die der Rede, der Presse, der Versammlung, der Organisation, die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in allen ihren Erscheinungsformen, die Etablierung einer Diktatur an deren Spitze ein Führer (der Duce) stand, dem die Gestalt und Rolle des nationalen Retters und Erlösers zugeschrieben wurde, die Vergottung dieses neuen Staates, der Zentrum des Lebens aller Bürger sein sollte und ihnen die Normen ihres Verhaltens auf allen Gebieten vorgab und deren Einhaltung unter Drohungen und mit Repressionen abverlangte. Der italienische Faschismus und sein Staat waren das Produkt des Sieges der Gegenrevolution. Für diesen Zustand haben Gegner den Begriff *sistema totalitario*, also totalitäres System geprägt, der auf Giovanni Amendola zurückgeht, einen liberalen Politiker und Journalisten, der 1926 an den Folgen eines faschistischen Attentats verstarb. Er hatte die Bestrebungen Mussolinis als die nach einer absoluten und unkontrollierten Herrschaft identifiziert. Dieser neue Staatstyp und die ihn rechtfertigende Ideologie haben den deutschen Faschisten um Hitler als Vorbild gedient – mit einer Ausnahme. Hitler lehnte die Konstruktion einer monarchofaschistischen Diktatur nach dem römischen Beispiel strikt ab und Bestrebungen, die es dafür auch in Deutschland gab, endeten 1934 u. a. mit dem Verbot des öffentlichen Hervortretens monarchistischer Verbände. In der Sprache der Nazijuristen, hieß das, hier in der Formulierung von

Carl Schmitt, der 1933 als Professor an die Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin kam: „Der Wille des Führers ist Gesetz“ und 1934 „Der Führer schafft das Recht“. 1933 erschien in Deutschland das Buch eines anderen Juristen, Ernst Forsthoff, der in den Nazijahren übrigens – nacheinander – in Frankfurt a. M., Hamburg, Königsberg, Wien und Heidelberg an den Universitäten lehrte, unter dem Titel „Der totale Staat“. Es enthielt ein Bekenntnis zu dem noch im Aufbau befindlichen Naziregime (und auch zum Antisemitismus der Nazis): „Die Führergewalt ist umfassend und total; sie vereinigt in sich alle Mittel der politischen Gestaltung; sie erstreckt sich auf alle Sachgebiete des völkischen Lebens; sie erfasst alle Volksgenossen, die dem Führer zu Treue und Gehorsam verpflichtet sind.“ Forsthoff war später, 1952 konnte er in der Bundesrepublik wieder einen Lehrstuhl beziehen, übrigens gewendet an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt. Für sein Wirken an der Seite der Naziführer gilt, was der berühmte französische Jurist, Politiker, Historiker Alexis de Tocqueville (1805 bis 1859) schrieb: „Ich habe bei meinen historischen Studien mühelos feststellen können, dass sich in allen zivilisierten Ländern neben einem Despoten, der befiehlt, fast immer ein Rechtsgelehrter findet, der dessen willkürliche Willensakte in eine Ordnung und Übereinstimmung bringt.“

Totalitarismus stand mithin sowohl für eine Ideologie wie für eine staatliche Herrschaftspraxis und in dieser Bedeutung wurde der Begriff in den dreißiger Jahren schon verallgemeinernd nicht nur auf den Faschismus angewendet, sondern auch auf den revolutionsgeborenen sowjetischen Staat und die in ihm vorherrschende Ideologie. Später wurden auch die volksdemokratischen Regime in Osteuropa als totalitäre Staaten bezeichnet und diesen auch die DDR zugerechnet. Dass sich die DDR-Geschichtswissenschaft in der Auseinandersetzung mit diesem Begriff schwer tat, lässt sich beispielsweise in dem 1970 in Berlin/Ost herausgegebenen Sachwörterbuch der Geschichte nachlesen. Der Text hinterlässt den Eindruck, dass sich die Autoren auf eine die Materie erörternde Auseinandersetzung nicht einlassen wollten. Der Verweis, dass sich mit dem Vergleich beider Systeme politische Absichten und Ziele verbinden, vor allem die Absicht, die Ablehnung und Verteufelung des

sozialistischen Systems durch dessen Parallelisierung oder Gleichsetzung mit dem faschistischen zu verstärken, ist richtig. Um wenigstens einen der vielen Beleg zu zitieren, die das bezeugen, sei ein Internet-Text zitiert: „Totalitär ist ein Staat, der mittels in einer Hand konzentrierter Staatsgewalt alle Lebensbereiche seiner Bürger beherrschen will. D.h. auch die sozialen, geistigen und wirtschaftlichen Lebensbereiche. Entsprechend setzt die staatliche Lenkung und Beeinflussung möglichst früh ein (Deutsches Jungvolk, Hitlerjugend, FDJ).“

Doch mit dem bloßen Totalitär ist ein Staat, der mittels in einer Hand konzentrierter Staatsgewalt alle Lebensbereiche seiner Bürger beherrschen will. D.h. auch die sozialen, geistigen und wirtschaftlichen Lebensbereiche. Entsprechend setzt die staatliche Lenkung und Beeinflussung möglichst früh ein (Deutsches Jungvolk, Hitlerjugend, FDJ).“ Doch mit dem bloßen Verweis auf die durchsichtige politische Absicht hat die Sache ihr Bewenden nicht.

Denn dass sich an eine Aussage politische Interessen verbinden, sagt über ihren Wahrheitsgehalt nichts aus. Die Kenntnis dieser Funktion kann allenfalls zu einer besonders eingehenden Prüfung Anlass geben, sie aber nicht erledigen.

Die Totalitarismus-Theoretiker – genannt seien hier der 1933 aus Deutschland geflohene, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossene Franz Borkenau, der schon 1926 in die USA ausgewanderte Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich, die deutsch-jüdische, aus Deutschland nach Frankreich und von da in die USA geflohene Wissenschaftlerin Hannah Arendt – haben, mit unterschiedlichen Akzentuierungen als Charakteristika totalitärer Systeme bezeichnet (1.) eine den Bürgern verordnete Ideologie, (2.) die Herrschaft einer (Massen-)Partei und ihres Führers, (3.) die Monopolisierung der Meinungsmanipulation (4.) die terroristische Durchsetzung der staatlich fixierten Normen und Prinzipien auf allen Lebensgebieten, (5.) Waffenmonopol des Staates und seiner Herrschaftsorgane, (6.) insbesondere auch die staatliche Reglementierung der Wirtschaft. Die Geschichte der Totalitarismus-Theorie ist wie die anderer politischer Theorien begleitet von inneren und äußeren Auseinandersetzungen. Zu den inneren gehörte die Bewertung des Gewichts der genannten Kennzeichnungen. Wieder und wieder wird die Frage debattiert, welche Staaten als

totalitär bezeichnet werden sollen, welche ganz und welche partiell? Was müsse Diktatur, was totalitäre Diktatur genannt werden? Solche Diskussionen betrafen das Spanien Francos und das Portugal Salazars statt. Momentan finden derartige Erörterungen beispielsweise mit Bezug auf arabische und andere islamische Staaten statt. Gestritten wurde und wird darüber, in welchem Zeitraum die Sowjetunion eine totalitäre (stalinistische) und ob und ab wann sie eine nichttotalitäre (nachstalinistische) Diktatur war usw. Das gehört gleichsam in die Kategorie: Totalitarismusforscher unter sich.

Prinzipieller verläuft die „äußere“ Diskussion, also jene zwischen den Verfechtern und den Gegnern der Totalitarismus-Theorie. Letztere Fragen: Was von einer Gesellschaft oder einem Staat wird hier eigentlich erklärt und was ausgeblendet? Die Theorie beschreibt den Zustand und das Funktionieren von Herrschaften, doch schon dabei nimmt sie eine erhebliche Zahl von Tatsachen aus, meint, sie vernachlässigen oder ignorieren zu können. So wird für die totalitären Diktaturen die vollständige Beseitigung aller Mitbestimmungsrechte der Bürger postuliert, die zu bloßen kommandierten Figuren erscheinen, sofern sie nicht in irgendwelche Nischen flüchten. Hält das Bild vor der Wirklichkeit der zur totalitären Diktatur erklärten DDR stand? Schon nicht beim Blick auf die Rechte von Arbeitern in Betrieben. Die waren gemessen an dem, was man sich unter den Rechten von Sozialisten vorstellt, keineswegs befriedigend, aber was besagt eigentlich der Volkswitz: In der DDR konnte man seinen Betriebsleiter gefahrlos kritisieren, aber nicht Erich Honecker. Jetzt kann man Frau Merkel kritisieren, aber nicht den Chef des Betriebes, in dem man arbeitet. Das Bild vom Bürger als Figur in der Hand der Herrschenden stimmt beispielsweise auch nicht beim Blick in Kindergärten und allgemein bildenden Schulen. Die werden als Stätten der geistigen Vergewaltigung Unmündiger dargestellt, als Orte, in denen dauernd DDR-Fahnen und NVA-Soldaten gemalt wurden, während über wahrgenommene Elternrechte geschwiegen und über das Ansehen, das Lehrer in der Gesellschaft genossen, geschwiegen wird. Inzwischen ist übrigens in manchen Schulgeschichtsbüchern diese grobe Version der Totalitarismus-Darstellung der DDR wenigstens zu einem Teil aufgegeben, nicht aber in Talkshows. Auch nicht in Nachschlagewerken und ähnlichen

Hilfsmitteln wie das folgende Zitat belegen mag: „Totalitär ist ein Staat, der mittels in einer Hand konzentrierter Staatsgewalt alle Lebensbereiche seiner Bürger beherrschen will. D.h. auch die sozialen, geistigen und wirtschaftlichen Lebensbereiche. Entsprechend setzt die staatliche Lenkung und Beeinflussung möglichst früh ein (Deutsches Jungvolk, Hitlerjugend, FDJ).“

Gravierender sind Einwände gegen den Anspruch der Totalitarismus-Doktrinäre, das Ganze erklärt zu haben. Das kann rechtens weder für die faschistischen Regime noch für die als totalitär bezeichneten sozialistischen gelten. Denn beiseite gelassen wird – erstens – die geschichtliche Herkunft und der geschichtliche Platz der einen wie der anderen. In einem Fall, dem, faschistischen, handelte es sich um ein die bürgerlichen Verhältnisse zwar politisch umprägendes Regime, das sie aber in ihrer sozialen Grundstruktur unangetastet ließ (welche Phrasen das auch immer verhüllen sollten), ja sie zeitweilig stabilisierte. Diese Regime entstanden aufgrund der Unterstützung, die ihre Installateure von den Kräften bekamen, die den Bestand ihrer „Ordnung“ gefährdet sahen und sie befestigt wissen wollten. Von dieser Rolle und diesem Charakter der faschistischen Diktatur ist in der bundesrepublikanischen Historiographie und Publizistik kaum noch die Rede. Hitler und die Seinen werden aus der bürgerlichen deutschen Gesellschaft herausgenommen. Und da ist sie wieder die Frage, die – als das gleiche schon einmal bald nach 1945 geschah – bereits gestellt worden ist: Wo sind sie denn da eigentlich hergekommen? Also - und noch immer erstens – die Totalitarismus-Theorie zeichnet zunächst einmal ein reduziertes Bild der faschistischen Herrschaft, verkürzt es auf den Bereich von Politik und Kultur und lässt, zu wessen Wohl auch immer, den „Rest“ beiseite oder, sofern sie auf ökonomische Prozesse und die Wirtschaft zu sprechen kommt, erklärt sie den Kapitaleigner ebenso zum Rekruten Hitlers wie den letzten Arbeiter.

Gleiches geschieht mit den totalitär genannten sozialistischen Regimen, wie – nun gelangen wir auch in den Bereich der Publizistik, der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens – tagein und tagaus am Beispiel des Umgangs mit der DDR studiert werden kann, die in diesen Bildern obendrein als geschichtslos erscheint. Wird von ihr geredet oder geschrieben, wird von Stasi, Mielke, Spitzeln, Hohenschönhausen, Informellen Mitarbeitern (IM), Mauer, Todesstreifen, Schießbefehl gehandelt

und das alles zum Beweis für die Existenz eines menschenfeindlichen, eben totalitären Staates. Geschichte im Sinne einer objektiven Entwicklung kommt da nicht vor. Kalter Krieg? Das erklärte Interesse diesen anderen deutschen Staat am besten schon in der Wiege zu erwürgen? Die Heuchelei von den notleidenden Brüdern und Schwestern bei gleichzeitiger Verfechtung der Hallstein-Doktrin solange es irgend ging? Das Fernhalten der ostdeutschen Wissenschaftler von internationalen Vereinigungen? Was da jenseits der Mauer geschah, sei einzig Werk machtbesessener Kommunisten gewesen. Apropos Mauer, das führt zur Ausgangsüberlegung über die Sprache als Waffe noch einmal zurück. Was so bezeichnet wird ist zu entschlüsseln als: die lückenlose Kontrolle des Waren- und Güterverkehrs der DDR über ihre Grenzen. Ist das begriffen, lässt sich darüber reden und streiten, ob das und die damit verbundene Praxis nötig waren.

Und nun zweitens: Die Totalitarismus-Doktrin lässt ebenfalls die Ziele der Regime, die so bezeichnet werden, außer Betracht. Was Deutschland unter dem Hakenkreuz anlangt, so bilden sie keinen Streitpunkt. Sie lauteten in einem Wort: „Weltherrschaft“. Dem waren die auch wahnhaften Massenverbrechen zugeordnet, die an den Juden, Slawen und weiteren Menschengruppen begangen wurden. So hoch flogen die Pläne des italienischen Faschismus nicht, doch sie waren mit der Idee vom Mittelmeer als dem „mare italiano“ und einem afrikanischen kolonialen Großreich nicht weniger phantastisch als die deutschen. Nichts Vergleichbares lässt sich in der Ideologie und Politik der sozialistischen Staaten und der Sowjetunion finden. An letzterer lässt sich zu Stalins und nach Stalins Zeiten vieles an absolut Kritikwürdigem und Verwerflichem finden - den militärischen Einfall in Polen 1939, den Krieg gegen Finnland 1940 bis zur militärischen Intervention in Afghanistan - doch die Etikettierung der Idee von der Weltrevolution zum Plan der sowjetischen Welteroberung ist eine Fälschung. Die Massenverbrechen der Stalin-Ära gehören einem solchen Eroberungs- und Herrschaftsplan nicht zu, den es nicht gab, wie u. a. sowjetische Anstrengungen zur Abrüstung nach 1945 belegen. Das feststellen, rechtfertigt die Millionen Untaten insbesondere der dreißiger Jahre nicht im Geringsten. Keine damals existierende Gefahr, keine wirkliche Befindung lässt auch nur irgendeinen Teil davon in anderem Lichte als dem ungezügelter,

menschenverachtender Gewalt erscheinen. Das wird – wir erleben es in diesen Tagen wieder – die Idee einer anderen Gesellschaft, und das ist doch immer auch die Idee an sozialistische Zustände, noch auf Jahrzehnte hinaus schwer belasten.

Damit ist auch gesagt: die Kritik an den untergegangenen, historisch gescheiterten Systemen bedarf als ihres Ausgangspunktes und Geländers der Totalitarismus-Doktrin nicht. (Tatsächlich wird sie aber beispielsweise von Ideologen der Partei DIE LINKE beständig als solcher benutzt, wenn erklärt wird, was man alles nicht will oder nicht wieder will.) Diese Kritik am so genannten real existierenden Sozialismus kann und sollte sich stattdessen herleiten von den Prinzipien, die in der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Ideen und Projekte entwickelt wurden, vor Marx und mit und nach Marx. Diese Ideen sind heute weitgehend verschüttet und unbekannt. Sie gelten als entwertet. Durch Erklärungen allein wird sich das nicht beheben lassen. Dennoch wäre schon viel gewonnen, besäßen die Sozialisten tiefgehende und folglich überzeugende Antworten auf die quälende Frage, wie es zu diesen Verleugnungen der Idee und auf Irrwege und in Sackgassen kommen konnte

Die augenblickliche Debatte über den Kommunismus will diesen Entwertungsprozess gleichsam ins Totale treiben. Was sich aus politischem Gesichtswinkel immer zu den darin sich geltend machenden Interessen gesagt werden kann: intellektuell ist dieser jüngst stattgefunden Streik weithin eine Bankrotterklärung und eine Schande. Tucholsky, um ihn hier noch einmal anzurufen, würde sich weigern, an ihm teilzunehmen und das wahrscheinlich mit seinem in ähnlichem Zusammenhang gemachten Bemerkung: „So tief kann man nicht schießen.“ Da muss eine einstige junge DDR-Bürgerin einem Bundesminister erklären, dass sie nicht im Kommunismus, sondern in einem so genannten realsozialistischen System zur Schule ging und mit ihren Mitschülern damals darüber diskutierte, ob das dereinst im Kommunismus mit der Gleichheit gut gehen könnte, wegen der eigennützigen Verhaltens von Menschen. Und von da ist ihr obendrein etwas geblieben: Sie besteht darauf, dass Menschen Visionen haben und über sie ernsthaft reden sollen.

Manches spricht dafür, dass momentan nicht der Knüppel mit der Aufschrift „Totalitarismus“ beim Kampf gegen Verfechter der Idee, dass die bürgerliche Gesellschaft nicht das Ende der Geschichte sein solle und dürfe, bevorzugt geschwungen wird, sondern der mit der Aufschrift „Kommunismus“. Man kommt gewissermaßen ohne Umschweife zur Sache. Das funktioniert freilich nur im Vertrauen darauf, dass die Formeln Stalin gleich Kommunismus, Pol Pot gleich Kommunismus usw. akzeptiert und nicht als Fälschungen erkannt werden. Kommunismus ist in die Reihe der deutschen Schreckwörter, jedenfalls für die Bundesrepublik, auf einen, wenn nicht den vordersten Platz gesetzt worden. Seine Bedeutung ist etwa der medizinischen Diagnose Bronchialkarzinom (Lungenkrebs) vergleichbar, d. h. soviel wie tödlicher Verlauf. Und in der Tat wird eben der behauptet.

Bestrebungen, die sich mit kommunistischen Vorstellungen verbinden, heißt es, enden bei Hitler oder bei Stalin, in Auschwitz oder im Gulag. Die Prognose soll das Verbot begründen, sich mit der Frage zu beschäftigen, die als Thema der diesjährigen Rosa-Luxemburg-Konferenz gestellt worden war: Wo, bitte, geht's zum Kommunismus. Niemand, der klaren Sinnes, hat darunter eine Frage verstanden, deren Antwort so etwas wie eine Aktionslosung darstellen sollte. Bestanden wurde jedoch auf der Freiheit der Bürger, sich über eine andere Zukunft Gedanken zu machen als über die in einer bürgerlichen Gesellschaft, die beständig den Eindruck nährt, dass sie Grundprobleme menschlichen Zusammenlebens nicht zu lösen vermag, und eben dadurch das Fragen doch selbst erzeugt: Wo und wie weiter?

Fazit: Die Totalitarismus-Theorie (oder: die Doktrin, oder: das Dogma) besitzt, unabhängig von den Absichten ihrer Begründer und Verfechter, jedenfalls die Funktion einer Barriere, die bewirken soll, über den Zustand der bürgerlichen Demokratie, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung usw. nicht hinaus zu denken, geschweige denn hinaus zu arbeiten. Die einen bauen an dieser Barriere mit akademischen Argumenten. Dafür ist in Dresden das Hannah-Arendt-Institut eingerichtet worden, das indessen mehr durch Skandale von sich reden machte. Andere bedienen sich der grobschlächtigen Argumente, gleichsam des Knüppels. Funktion und Ziel unterscheiden sich indessen nicht.